

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 28. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 17. Juni 2015, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Susann Rüthrich, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kom-
mune und Jugendparlamente“

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 20**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 20**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Tagungsbüro



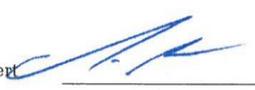
Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 17. Juni 2015, 16:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	_____

Stand: 16. Juni 2015

Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

öff.

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 17. Juni 2015, 16:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

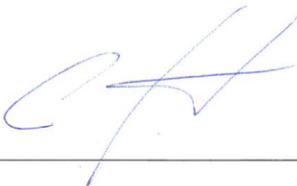
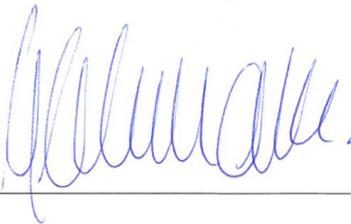
Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
<i>Adelke</i>	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>	<i>[Signature]</i>
<i>Gebhardt</i>	<i>DIE LINKE</i>	<i>[Signature]</i>
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Kommune und Jugendparlamente“
am Mittwoch, dem 17. Juni 2015, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Corinna Graf Geschäftsführerin Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.	
Elisa Wellner Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.	
Yvonne Lehmann Friedrich-Ebert-Stiftung	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Susann Rüttrich	8, 15, 18, 20
Abg. Eckhard Pols	16

Sachverständige

Corinna Graf	8, 9, 16, 17, 18, 19
Yvonne Lehmann	13, 15, 16, 18, 19
Elisa Wellner	8, 18



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kommune und Jugendparlamente“

Vorsitzende: Herzlich Willkommen zur Sitzung der Kinderkommission. Heute befassen wir uns mit dem Thema Beteiligung in der Kommune. Im Moment bewegen wir uns im Themenbereich Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In der letzten Woche hatten wir ein Projekt, das zur Beteiligung anregt, nämlich das NDC hier. Wir werden uns mit dem Wahlalter und anderen Themen beschäftigen. Heute geht es um Beteiligung in der Kommune bzw. vor Ort, weil „Kommune“ häufig als Rahmen genannt wird, in dem sich Kinder und Jugendliche am ehesten und am leichtesten beteiligen können, so dass dort die Strukturen geschaffen sein müssen, damit das funktioniert. Wie das funktionieren kann, werden Sie uns heute erzählen können.

Ich weise der Vollständigkeit halber darauf hin, dass wir wieder öffentlich tagen, d. h. das, was wir hier besprechen, wird dann in einem Protokoll auf den Seiten des Bundestages zu lesen sein. Ich möchte uns noch kurz vorstellen. Die Kinderkommission ist nicht nach Opposition und Regierungsmehrheit besetzt, aus jeder Fraktion kommt vielmehr ein Kollege oder eine Kollegin. Herr Pöls hat für die CDU, der größten Fraktion, den Vorsitz am Anfang gehabt und hat an mich als Mitglied der SPD-Fraktion übergeben. Ich werde den Staffelstab an Herrn Müller für die Linken weitergeben und zum Schluss der Legislaturperiode wird Frau Walter-Rosenheimer von den Grünen den Vorsitz der Kinderkommission übernehmen. Wir werden am Ende der jeweiligen Themenblöcke Stellungnahmen herausgeben, die wir einstimmig verabschieden müssen, sonst gibt es keine Stellungnahme der Kinderkommission. Insofern werden wir Ihre Ergebnisse oder das, was Sie uns mitgeben, für uns wälzen und schauen, was wir uns wie zu eigen machen, was wir daraus ableiten. Mit dieser Vorrede und Einordnung möchte ich direkt an Sie übergeben. Sie geben uns am besten zunächst einen Einblick, wie bei Ihnen Jugendbeteiligung funktioniert, was Ihre Ansätze sind und was Sie daraus ableiten und uns mit auf den Weg geben können. Sie können sich aufteilen wie Sie möchten und es kann anfangen, wer zuerst

mag. Gut, dann Corinna Graf aus dem Stadtjugendring Leipzig.

Corinna Graf (Geschäftsführerin Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Mein Name ist Corinna Graf, ich bin Geschäftsführerin beim Stadtjugendring in Leipzig. Morgen werden wir 25 Jahre alt wie viele Vereine in Ostdeutschland, die sich im Jahr 1990 gegründet haben und dieses Jahr ein Vierteljahrhundert Jubiläum feiern können. Ich habe Ihnen meine Kollegin Elisa Wellner mitgebracht, die Mitarbeiterin im Projekt Jugendbeteiligung ist. Wir wollen eine kleine Präsentation zeigen.

Elisa Wellner (Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Wie Frau Graf gerade erklärt hat, ist das Projekt Jugendbeteiligung ein stadtweites Jugendbeteiligungsprojekt und beim Stadtjugendring angesiedelt. Es besteht bei uns strukturell aus zwei verschiedenen Teilen. Zum einen geht es darum, die Jugendbeteiligung in den Planungsräumen – Leipzig ist in sieben Planungsräume eingeteilt – zu unterstützen und dort Jugendbeteiligung zu etablieren sowie bestehende Projekte durchzuführen, Aktionen für Jugendliche und die Interessen von Jugendlichen direkt projektbezogen zu unterstützen. Zum anderen geht es darum, die Verbindung zur stadtweiten Jugendbeteiligung zu schlagen, wo das jetzt entstandene Jugendparlament ein Teil dieser stadtweiten Beteiligung ist. Das bedeutet Koordinierung und Vernetzung dieser Beteiligung in den Planungsräumen. Ziel und Aufbau des Projekts Jugendbeteiligung ist es, den Transfer zu schaffen. Die Jugendbeteiligung in den Planungsräumen sieht so aus, dass gewisse Aktionen und Projekte stattfinden, die die Interessen der Jugendlichen unterstützen. Im Planungsraum Nord wurde z. B. im Internet eine Datenbank errichtet, in der sich Jugendliche in einem Forum äußern und zu gewissen Themen Stellung nehmen konnten. Im Endeffekt wurde es von den Jugendlichen nicht gut angenommen und geführt, das kann an der Internetform liegen. In Nord-Ost fand eine Fotorally statt, in der Jugendliche ihren Planungsraum erkunden konnten; also erkunden konnten, was vor Ort im Viertel verändert werden muss, was sie gerne hätten, woran es mangelt, was gut und was schlecht ist. Parallel dazu gab es vier Jahre lang die Initia-



tive Jugendparlament, die das Jugendparlament langfristig vorbereitet hat. Sie hat stadtweite Themenprojekte zur Jugendbeteiligung aufgenommen. Sie hat die Aktion zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig „Wo geht's denn hier zur Jugendpolitik?“ durchgeführt. Sie hat eine U18-Wahl zur Kommunalpolitik und Europawahl veranstaltet und schon mal vorgetastet, wie im Jugendparlament eine Beteiligung bei Vorlagenmitbestimmung aussehen könnte; es hat also eine AG-Vorlagen getagt. Im Zuge von Ferienpassangeboten ist das Projekt zurzeit dabei, Jugendliche weiterzubilden, indem sie die Chance erhalten, den Demokratieführerschein zu machen. Die Verknüpfung dieser stadtweiten Jugendbeteiligung und der Jugendbeteiligung in den Planungsräumen fand immer mit den Jugendlichen gemeinsam statt, d. h. die Jugendlichen aus der Initiative sind immer in die Aktionen in den Planungsräumen eingebunden worden und konnten dort auch schon Interessen abgreifen, die stadtweit relevant sind.

Zur Einordnung der Mitbestimmungsform „Jugendparlament“: Es gibt Stufen der Beteiligung, die je nach Entscheidungsposition und Lage der Jugendlichen ausweisen, inwieweit man Jugendliche wirklich beteiligt. Da gibt es Formen, die sie nicht beteiligen, die sie nur informieren, die sie mitwirken, aber nicht mitentscheiden lassen. Daneben gibt es eine ganz selbstverwaltete Form der Aktionsnetzwerke, die sich selbst verwalten, selbstbestimmt und im Prinzip unabhängig von allen sind. Hier ist wichtig zu sagen, dass sich das Jugendparlament nicht ganz als eine komplett selbstverwaltete Form einordnen lässt, sondern als Mitbestimmungsform eingebettet, angebunden an den Stadtrat besteht. Es steht zwischen mitentscheiden und selbstbestimmt, aber nicht auf der allerhöchsten Stufe, da es betreut und begleitet werden muss und die Einbettung in den Stadtrat eine Mitentscheidung darstellt und keine komplette Selbstverwaltung und Selbstbestimmung.

Corinna Graf (Geschäftsführerin Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Ich würde Ihnen gerne berichten, wie wir als Stadt Leipzig, aber auch als Jugendring auf diesen Weg gekommen sind. Im Agenda-21-Prozess hat eine Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendfragen 1999 die erste Kinderrechtstagung in Leipzig organisiert.

Schon auf dieser Konferenz gab es von den teilnehmenden Kindern die Anregung für ein Jugendparlament oder ein Kinder- und Jugendparlament. Das Ganze ist mit jeder Runde des Agendaprozesses ein Stück weiter verfolgt worden. Daraus ist zwischen den Jahren 2003 und 2005 das Projekt VOICE hervorgegangen, das am Ende in die Begleitung oder in die Trägerschaft des Jugendrings gehen musste, weil es Räume und Geld haben wollte, und das ging in der Stadt Leipzig nur über einen Träger. Das hat den Jugendlichen gar nicht so sehr gepasst. Es hat eine Weile gedauert, bis man warm geworden ist, weil diese „Abhängigkeit“ von Erwachsenenorganisationen nicht so ihr Ding war. Am Ende war es für uns sehr erstaunlich, dass die Jugendlichen selbst keinen Nachwuchs fanden, der dieses Thema weiterverfolgen wollte, so dass 2005 das Projekt von ihnen beendet wurde. In einem Vergleich zur Stadt Lyon wurde die Begleitung und Verwaltung von Dr. Hans Peter Krüger mit sehr breiten Interviews mit Vertretern von VOICE evaluiert.

In dem Projekt Stadtbezirksbeiräte wurden Jugendliche über ein EU-Projekt vom Kinderbüro dabei begleitet, in Stadtbezirksbeiräten mitzureden. Das wurde damals mit einer Aufwandsentschädigung vergütet, aber sobald die EU-Förderung auslief, ging die begleitende Struktur verloren, weil die Stadt Leipzig die Finanzierung nicht übernommen hat. Damit ist auch dieses Projekt gescheitert. Viele erwachsene Stadtbezirksbeiräte oder Ortschaftsbeiräte sagen allerdings auch, dass sie selbst zögerten, da sie eigentlich kaum Befugnisse hätten und es nicht sonderlich attraktiv sei. Im April 2011 gab es eine Auftaktveranstaltung des Jugendamts in Leipzig, das vom Oberbürgermeister den Auftrag hatte, die Jugendbeteiligung in Leipzig wieder in Schwung zu bringen und das daher Jugendliche, Parteien und andere zu einer Auftaktveranstaltung aufrief. Daraus ist die Initiative Jugendparlament entstanden. Der Name war schnell da, obwohl die Form eigentlich gar nicht vorgegeben war. Das Erstaunliche war, dass die Jugendlichen tatsächlich seit 2011 bis zur Übergabe des Staffeltabs an das gewählte Jugendparlament durchgehalten haben. Die Begleitung dieser Gruppe durch uns ist erst im Sommer 2012 erfolgt. Im Vorfeld war es wohl nicht zielorientiert genug, es passierte keine Steuerung und uns wurde mehr politische Erfahrung zugetraut als dem Träger, der



es vorher gemacht hat. Wir sind dann in sehr strukturierte Dialoge gegangen und haben dort eine sehr intensive Vorbereitungsphase vor allem für die Erstellung einer Satzung genutzt, um mit Jugendlichen, Verwaltung und Politik ins Gespräch darüber zu kommen, was überhaupt benötigt wird und wie das aussehen soll. Denn wir sind davon überzeugt – da komme ich auch gleich noch dazu –, dass das nur getragen werden kann, wenn alle eine gemeinsame Vision haben.

Die Jugendlichen haben im Stadtrat durchgesetzt, dass 2015 das erste Jugendparlament in Leipzig gewählt wurde, das am 16. April dieses Jahres konstituiert wurde. Wir hatten 31 Kandidatinnen und Kandidaten mit tatsächlich sehr gemischten Schulabschlüssen. In der Altersstufe von 14 bis 21 Jahren war alles dabei, ein Drittel Mädchen, der Rest waren junge Männer. Gewählt wurden am Ende 20. Fast alle jungen Damen sind ins Jugendparlament gekommen. Es ist aber – das kann ich Ihnen auch gleich noch einmal zeigen – der etwas längere Weg gewesen, es war nicht der direkte Weg in den Stadtrat, den die Jugendlichen eigentlich wollten. Vielleicht gehe ich darauf ganz kurz ein: Es liegt an der sächsischen Gemeindeordnung, dass der Jugendbeirat noch dazwischen geschaltet ist. In dieser wird gesagt, dass auch wenn alle Leipziger Jugendliche das Jugendparlament wählen, sie dennoch nicht die Möglichkeit haben, eine Stimme im Stadtrat zu bekommen. Dafür muss der Stadtrat einen Jugendbeirat einberufen. Das tun sie hoffentlich gerade, denn heute soll die Ratsversammlung in Leipzig diesen Beirat konstituieren. Die Jugendlichen wählen ihre Vertretung, es muss aber auch aus dem Stadtrat für jede Fraktion eine dazukommen. Der Vorsitz liegt bei den Jugendlichen. Damit haben sie jetzt ihre direkte Stimme im Stadtrat.

Wir haben versucht zusammenzufassen, was diese Mitbestimmungsform „Jugendparlament“ braucht. Das ist für uns ganz wichtig: sichere Rahmenbedingungen, verlässliche Anbindung an Entscheidungswege, überhaupt Anbindung an Entscheidungsgremien, denn andernfalls ist das ein Papiertiger, der eher nach Spielplatz aussieht. Es braucht natürlich Finanzen, Räume, Zeit und auch eine Struktur. Aus unserer Sicht ist eine Prozessbegleitung unerlässlich, um die Brücke zwischen

Jugendpolitik und Verwaltung zu schlagen, weil letztere sehr stark von Erwachsenenendenkstrukturen geprägt ist und nicht immer von einer Logik, die Jugendliche leiten würde. Hier leisten wir also „Übersetzungsarbeit“ und haben eine anwaltliche Funktion, die immer wiederkehrt. Die Verwaltung denkt manchmal, wenn wir das einmal gemacht haben, dann ist das fertig – aber es kommen ja immer neue Jugendliche und es kommen auch immer neue Politiker, insofern ist das ein ständiger Prozess. Die Nutzung vorhandener Kontakte und Erfahrungen leisten wir fast so nebenbei mit, wovon die Jugendlichen stark profitieren können. Dann braucht es natürlich Wähler/innen und Kandidat/innen. Wenn keiner zur Wahl geht – dazu werde ich noch kommen – oder wenn sich niemand aufstellen lässt, ist es auch nicht möglich, ein Jugendparlament zu machen. Sie brauchen einen Zugang zu Öffentlichkeit und Medien, vielleicht sogar eine eigene Homepage und eigene Materialien. Es braucht klare Aufträge und einen tatsächlichen Willen, also eine Offenheit für diese Form der Mitbestimmung. Ein klarer Rahmen wäre auch sinnvoll, damit man sagen kann, „in dem Rahmen bewegt ihr euch“; andernfalls sind die Jugendlichen ständig damit beschäftigt, die Rahmen auszutesten und kommen gar nicht zu ihrer eigentlichen Arbeit. Was komischerweise gar nicht funktioniert, ist die Bereitstellung von Vorlagen in einer Form, so dass Jugendliche mitreden können. Elisa hatte vorhin eine AG-Vorlagen angesprochen, in der wir mit einem Vorlauf von über einem Jahr folgendes geübt haben: Was gibt es überhaupt für Arten von Vorlagen? Wie sehen diese aus? Was müssen diese haben? Die erste Vorlage, die die Jugendlichen erhielten, war eine 60-seitige Broschüre, die eigentlich fertig war und nur eine Vorlage zur Information war. Da haben die Jugendlichen gefragt, was sie damit machen und wie sie die bearbeiten sollen. In der zweiten Vorlage ging es um die Schaffung des Jugendparlaments. Dafür hatten sie sich ja so stark gemacht, dass diese Beteiligung eigentlich auch nicht sehr sinnvoll war. Bei der dritten ging es um die Demokratiekonferenz in Leipzig. Immer dann, wenn die Jugendlichen sehr betroffen oder schon im Vorfeld stark beteiligt waren, machte es nicht wirklich Sinn, diese Vorlagen durch die Gremien zu geben. Andere Vorlagen haben wir in den anderthalb Jahren von der Verwaltung leider nicht bekommen. Es scheint also relativ schwierig zu sein.



Auch diese Ergebnisoffenheit ist nicht ganz so einfach. Aber wenn diese nicht gegeben ist, gibt es Demotivation, spätestens wenn die Jugendlichen merken, dass sie zwar beteiligt wurden, es aber keinen interessiert. Spannend ist auch, jugendgerechte – erwachsenenuntypische – Normen zuzulassen, also auch mal den Mut zu haben, die Satzung oder die Geschäftsordnung ein bisschen anders als üblich zu gestalten. Wir haben in der Doppelstruktur die Anbindung an die Verwaltung. Das passt nicht gut. Das Rechtsamt muss immer alles abnicken. Da das ein Gremium der Stadt ist, muss eine Anbindung an die Gemeindeordnung bestehen. Am Ende ist es so erwachsenenlastig, dass die Jugendlichen das gar nicht verstehen und eine „Übersetzung“ brauchen. Das ist ein bisschen schade. Es braucht veränderbare flexible Strukturen. Wir sind jetzt schon in der zweiten Generation, weil die erste Generation, die den Auftrag für die Schaffung eines Jugendparlaments angenommen hat, gar nicht kandidieren konnte, weil sie im Laufe des Prozesses schon so alt geworden ist. Es gibt nur ein oder zwei Jugendliche, die vorher einen längeren Zeitraum mitgemacht haben und die sich jetzt tatsächlich haben wählen lassen. Die meisten anderen konnten oder wollten sich nicht mehr wählen lassen. Das bedeutet, dass wir jetzt eine völlig neue Gruppe von 20 gewählten Jugendlichen haben. Wir müssen mit ihnen einen komplett neuen gruppendynamischen Prozess anfangen. Sie brauchen Raum für Anpassung an ihre Bedürfnisse, weil die Satzung und die Geschäftsordnung andere geschrieben haben. In Leipzig herrscht eine Besonderheit, die uns unsere Stadträte als eine relativ große Bürde aufgelastet haben: Die Jugendlichen hatten im Verlauf des Prozesses gesagt, dass eine halbe Stelle pädagogische Begleitung viel zu wenig sei und sie eine ganze Stelle benötigten. Daraufhin lief ein Antrag über die Fraktionen und es fand sich auch eine Mehrheit im Stadtrat für eine weitere halbe Stelle – aber nicht für eine pädagogische Begleitung, sondern eine verwaltungstechnische Begleitung, die direkt beim Büro für Ratsangelegenheiten angebunden ist. Die dortigen Mitarbeiter kamen zu diesem Auftrag „wie die Jungfrau zum Kind“; sie wissen nicht so richtig, was Jugendbeteiligung ist. Mit diesem Thema hatten sie sich noch nie befasst und es ist auch nicht ihr Metier, mit Jugendlichen zu arbeiten. Das macht die Arbeit manchmal schwierig, ganz abgesehen davon, dass sie diese

Prozesse oft nicht verstehen, da es anders als im Stadtrat zugeht. Für uns sind diese kleinen grünen Punkte in der Präsentation wichtig. Diese waren auch den Jugendlichen sehr wichtig, so dass wir gesagt haben, dass es keinen Innercircle werden soll, denn eigentlich lebt Jugendparlament davon, dass viele Jugendliche mitmachen. Deswegen gibt es AGs und ist in der Satzung festgeschrieben, dass es möglichst für alle offen ist. Sie haben sich sogar in die Satzung geschrieben, dass jede Sitzung öffentlich ist. Jetzt im Tun merken sie, dass das manchmal unpraktisch ist, wenn man Dinge beschließen muss. Wir haben also einige Durststrecken überwinden müssen: Satzung, Wahlordnung, Zeiten, bis Beschlüsse gefasst wurden, Generationswechsel und Motivationsschwankung. Jetzt steht gerade das Thema Geschäftsordnung an.

Wo klemmt es? Ich kann als erstes von uns – sprich von Leipzig – reden. Wir haben jetzt im Frühjahr gewählt. Es gab eine Wahlbeteiligung von 4,3 Prozent, die uns sehr schmerzt. Sie ist nicht repräsentativ und spiegelt auch nicht die Motivation wider, die die mitwirkenden Jugendlichen an den Tag gelegt haben. Aber es zeigt offensichtlich, dass die Form, die man gewählt hat, nicht die Jugendlichen erreicht haben. Die Form, die man gewählt hat, war eine Online-Wahl. Hier hat man auch gesagt, dass man neue Wege gehen wolle. Eigentlich war das Argument, dass es die billigste Variante ist. Immerhin hat das Amt für Statistik und Wahlen jedem Leipziger Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren eine Wahlbenachrichtigung, eine PIN und eine TAN geschickt – dummerweise drei Wochen vor der Wahl, so dass sie bis dahin weg waren. Viele haben bei uns angerufen und gesagt, wir haben das nicht mehr. Wir haben aber auch Anrufe von Eltern mit dem Vorwurf erhalten, „was das sollte?“ und wir sollen sie gefälligst aus dem Verteiler schmeißen, so eine Werbung und so ein Zeug wollen sie nicht haben. Wir mussten sie an die Stadt verweisen und ihnen erklären, dass das öffentlich im Namen der Stadt passiert ist und dass wir das nicht waren. Datenschutz ist übrigens auch ein großes Problem. Die Daten unserer Kandidaten durften wir auch nicht erfassen. Das durfte immer nur die Stadt. Wir mussten zunächst datenrechtlich klären, wie die pädagogische Begleitung überhaupt Daten verwalten darf. Auch der Kontakt über die Schule ist in einer Großstadt nicht so einfach. Ich weiß beispielsweise von unserer



Nachbarstadt Taucha mit einer Mittelschule und einem Gymnasium, dass es relativ einfach ist, denn sie wählen an der Schule. In Leipzig gibt es so viele Mittelschulen und Gymnasien, dass es bei der ersten Wahl definitiv nicht gelungen ist, darüber zu arbeiten. Hier bräuchte es eine Zusammenarbeit mit der sächsischen Bildungsagentur. Die Verwaltung ist sich ihrer Ressourcen, die sie für diese Wahlen hätte aktivieren können, in keiner Weise bewusst. Sie hat in jedem Stadtteil Bibliotheken, in denen man hätte werben und eine Online-Wahl durchführen können. Ihre eigenen Stadtangestellten haben vielfach Kinder, bei denen man auch hätte Werbung machen können. Da gibt es noch Ressourcen, die man nutzen könnte. Die Abstimmungsprozesse zwischen Verwaltung, Jugendlichen und pädagogischer Begleitung haken noch immer. Das liegt auch daran, dass das Büro für Ratsangelegenheiten erst mitten im Verlauf des Prozesses dazugekommen ist. Die Verwaltungsliegung liegt aber eigentlich inhaltlich beim Amt für Jugend, Familie und Bildung, das aber wiederum keine Ressourcen dafür hat. Dadurch entsteht eine sehr ungünstige Dreierkonstellation. Wir werden auch immer in unserer eigenen Rolle als Träger, aber auch als Sprachrohr für die Jugendlichen wahrgenommen, die oft gar nicht am Tisch sitzen. Es braucht hier also Haltung und ein Selbstverständnis. Ganz toll wäre eine gemeinsame Vision, was ein Jugendparlament für Leipzig bringen und bewegen soll sowie eine Rollen- und Auftragsklarheit. Die Strukturdebatten behindern das thematische Arbeiten. Je länger wir mit Geschäftsordnungssachen beschäftigt sind, desto weniger können wir – oder besser die Jugendlichen – wirklich inhaltlich arbeiten. Wie ich schon sagte, die Satzung wurde von anderen Jugendlichen entwickelt als denen, die es jetzt machen sollen. In einer Stadtpolitik und in einer wachsenden Stadt mit 530.000 Einwohnern gibt es natürlich sehr komplexe Zusammenhänge und die Vorlagen sind auch für einen Jugendhilfeausschuss oder auch einen Stadtrat wenig beteiligungsfreundlich.

Was bringen wir für Erfahrungen aus diesem Prozess mit? Ein Jugendparlament muss definitiv von allen Seiten gewollt sein, sonst geht es gar nicht. Aus unserer Sicht braucht es mindestens fünf Jahre Vorlauf. Unseres kam zu zeitig, wir hatten noch nicht alles erprobt. Aber die Jugendlichen waren so heiß darauf, sie wollten endlich Erfolge sehen,

und der einzige Erfolg, der zählte, war der Beschluss des Stadtrates, dass es ein Jugendparlament geben soll. Aus pädagogischer Sicht hätten wir uns mehr Vorlauf gewünscht. Die Mitbestimmungsform ist begrenzt durch das, was alle Jugendlichen anspricht. Die Kandidaten werden immer ein bisschen Vorerfahrung in Beteiligungsprozessen brauchen. Sie müssen auch eher bildungsnah sein, damit sie in dem ganzen Prozedere bestehen können. Für sie wiederum muss aber der Transfer der Problemlagen anderer Jugendlicher, die nicht so ticken oder nicht so bildungsnah sind, erfolgen. Beides muss also in beide Richtungen passieren und von jemandem organisiert werden. Deshalb präferieren wir eine Mischform aus Parlament, Aktionen und offener Mitwirkung, weil wir als Jugendring keinen Abklatsch eines Stadtrats wollen, daran waren wir nicht interessiert. Jugendliche können in der Regel nur in ihrer Freizeit mitwirken. Das ist anders als z. B. beim Schülerrat, für den es auch Freistellungsmöglichkeiten und gesetzliche Optionen gibt. Es ist hier doch eine Schwierigkeit, Termine überhaupt übereinander zu kriegen. Gerade während der Abitur- und 10. Klasse-Prüfung sind die Jugendlichen extrem eingebunden. Zurzeit sitzen wir sozusagen vor dem Sommertief, dann kommt die Erholungsphase in den Ferien, in denen in der Regel auch nicht viel läuft. Wir haben eine relativ kurze Phase im Jahr, in der wir wirklich gut arbeiten können. Die schulische Belastung ist nicht zu unterschätzen. Wir haben extrem viele Anfragen und Interesse von Erwachsenen, die das alles spannend finden. Alle wollen unbedingt mit den Jugendlichen zusammenarbeiten, ihnen ihre Arbeit zeigen, sie für irgendein Projekt gewinnen, weil sie froh sind, dass sie Jugendliche haben, die sie beteiligen können. Wir müssen sehr aufpassen und die Jugendlichen etwas abschotten – auch wenn wir uns damit mit allen Seiten anlegen –, weil diese anderen Dinge sie von ihrem eigentlichen Tun total ablenken. Die Jugendlichen könnten wirklich jede Woche zu irgendwelchen Expertengesprächen, Infoständen und ähnlichem gehen; aber am Ende der Legislaturperiode wird abgerechnet: Was habt ihr erreicht? Da werden die Infostände nicht viel zählen, fürchte ich. Aufgrund regelmäßiger Wechsel der Teilnehmer/innen sind es ständig Neuanfänger. Nach der Wahl ist vor der Wahl, man geht eigentlich immer in einer Art Kreislauf. Bei uns dauert die Legislaturperiode



zwei Jahre, die des Beirates aber nur ein Jahr. Ich fürchte, das wird sich rächen – aber das war der Wunsch. Dort wird man eigentlich permanent anfangen, über Rahmen zu reden.

Es ist eine spannende Erkenntnis aus dem Prozess: Jeder hat ein Recht auf eigene Fehler. Das musste ich mir nach dem Scheitern von VOICE von den Jugendlichen sagen lassen, als wir den Prozess gemeinsam ausgewertet haben. Diese Aussage der Jugendlichen ist mir sehr in Erinnerung geblieben: „Weil schon Ihr das gesagt habt oder Du im speziellen das gesagt hast, haben wir das anders gemacht. Auch wenn Du die Erfahrung hast, wir wollen unsere eigene machen.“ Sie sind also wesentlich ins Unglück gerannt, weil wir versucht haben oder ich versucht habe, ihnen Dinge zu ersparen. Man kann Jugendlichen manche Erfahrungen nicht ersparen; sie müssen nicht nachhaltig denken, sie müssen nicht effizient arbeiten und schon gar nicht verwaltungskonform. Das ist aber für diejenigen, die es begleiten und unter Druck stehen, nicht einfach auszuhalten.

Was halten wir für Sie für bemerkenswert? Beteiligung ist eine Pflicht für die Kommunen, aber keine Pflicht für Jugendliche. Das müsste man dick und fett überall auf jeden Verwaltungsschreibtisch schreiben. Denn es gibt in Leipzig eine Dienstweisung des Oberbürgermeisters, dass in allen Belangen, in denen es irgendwie sinnvoll erscheint, Kinder und Jugendliche zu beteiligen sind. Genau aus diesem Reflex und aus dieser Pflicht heraus arbeiten Verwaltungsmitarbeiter und „springen“ auf jeden Jugendlichen, der sich einmischen sollte, könnte oder irgendwie in Frage kommt, weil unser Jugendparlament jetzt gerade bekannt ist. Es braucht ergebnisoffene Beteiligungsmöglichkeiten mit einer klaren Rahmensetzung, damit dieser Rahmen nicht ständig ausgetestet werden muss und sich der Prozess ewig in die Länge zieht: Wieviel Geld gibt es? Wie lange dauert der Prozess? Was ist nicht möglich? Beteiligung lebt auf der Seite der Jugendlichen von Freiwilligkeit und Offenheit und es setzt eine eigene Betroffenheit voraus. Bei Themen, die die Jugendlichen nicht interessieren, werden sie sich auch nicht beteiligen – warum auch? Würden Sie privat vielleicht auch nicht machen. Ich glaube, da ticken sie gar nicht anders als Erwachsene auch.

Konkrete Projekte steigern definitiv die Motivation und man braucht in dem Prozess Erfolgserlebnisse. Projekte sollten eine überschaubare Dauer und eine Thematik haben, um die Jugendlichen tatsächlich zu motivieren. Beteiligung darf auch mal schief gehen. Für die Geldgeber usw. ist es relativ schwierig, sich dies einzugestehen. So wurde bei dieser Wahlbeteiligung im nächsten Verwaltungsausschuss das Amt für Statistik und Wahlen gefragt, ob sich das denn lohne, und es musste die Kosten der Wahl offenlegen. Eine gemeinsame Vision erhöht die Chance auf den Erfolg. Ein Jugendparlament unterliegt einer Gruppendynamik. Auch das ist weder der Politik noch der Verwaltung bewusst und manchmal selbst unserem Amt für Jugend, Familie und Bildung nicht, dass unser Auftrag in dieser Begleitung immer wieder auch die Reflexion der Gruppenprozesse ist. Es gibt Phasen wie nach einer Wahl, in denen es völlig klar ist, dass sie erst einmal Luft holen müssen. Sie haben bis dahin voll gearbeitet und brauchen dann irgendwann eine Erholungsphase. Man kann den Druck erhöhen, aber irgendwann platzt der Kessel und es kommt nichts mehr heraus. Es darf nicht verwundern, dass sich im Jugendparlament Erwachsenenverhalten widerspiegelt. Auch das ist vielleicht – wenn man es mal so hört – gar nicht so unlogisch. Ich nehme persönlich oft die Erkenntnis mit, dass man Kinder und Jugendliche fragen kann, wie sie es denn gern hätten, und dann kommen ganz oft keine anderen Ideen als das, was sie sich abgeschaut haben. Kinder lernen durch abschauen, in der Kinderkommission wissen Sie das. Ein Jugendparlament war das erste, was den Jugendlichen der Initiativgruppe einfiel. Die Spielregeln sind sehr erwachsenen geprägt.

Yvonne Lehmann (Friedrich-Ebert-Stiftung): Ich will mich kurz vorstellen, mein Name ist Yvonne Lehmann. Ich arbeite für die Friedrich-Ebert-Stiftung und bin dort zuständig für den Bereich Jugend und Politik. Grob gesagt ist mein Job dort, Jugendlichen Politik nahezubringen und ihnen zu vermitteln, dass es sich durchaus lohnt, sich für die Demokratie zu engagieren. Friedrich Ebert hat einmal gesagt, „Demokratie braucht Demokraten“. Auf diesem Weg wollen wir Jugendliche begleiten. Wir sind schon alleine aus zurechtfindenden Gründen, wie man das so sagt, nicht in der Lage, ein Projekt sehr lange mit den gleichen Jugendlichen zu begleiten. Die Friedrich-Ebert-



Stiftung arbeitet deutschlandweit, eigentlich haben wir Büros weltweit. Das Planspiel Kommunalpolitik, das ich heute vorstellen möchte, ist ein Projekt, das seit vielen Jahren in Deutschland sehr erfolgreich ist und mittlerweile auch insbesondere in Osteuropa, weil dort die kommunale Ebene relativ mit Deutschland vergleichbar ist. Uns geht es darum, Jugendlichen mit diesem Projekt Lust auf Beteiligung zu machen. Sie rennen uns nicht die Hütte ein und sagen, „super, Planspiel, wollen wir gerne machen“, sondern das ist in erster Linie ein Projekt, das wir im Rahmen des Unterrichts durchführen. Es ist damit in den Unterricht eingebettet. Die Frage „Freiwilligkeit“ ist damit auch geklärt – es findet im Unterricht statt und Punkt. Wir machen dieses Planspiel bewusst auf kommunaler Ebene, weil wir davon überzeugt sind, dass dort alle Jugendlichen auf Augenhöhe mitreden können. Sie sind Experten in ihrer Gemeinde, insbesondere in kleineren Kommunen. Da wissen sie ganz genau, wo das Schlagloch ist, wo die Toiletten an der Schule nicht funktionieren oder dies oder jenes nicht gut oder auch besonders gut läuft. Wir bringen die Jugendlichen im Rahmen dieses Planspiels mit Politik zusammen – nach dem berühmten Motto, das hier sicherlich auch schon oft gefallen ist: „Nicht über sie reden, sondern mit ihnen reden.“ Gelegentlich bedarf es auf Seiten der Kommunalpolitiker etwas sanften Drucks, damit dieses Miteinander-Reden dann auch stattfindet. Bevor wir Politiker und Jugendliche zusammenbringen, machen wir sie fit, d. h., wir erklären ihnen, wie Kommunalpolitik funktioniert. Dafür haben wir umfangreiche Materialien, von denen ich die von uns herausgegebene Broschüre „Kommunalpolitik verstehen, für junges Politikverständnis“ mitgebracht habe, die es auch in einer Berliner Version gibt. Diese Broschüren werden auch häufig von Stadträten und Kommunalpolitikern mitgenommen und sie sagen, „da ist wunderbar erklärt, was ich eigentlich mache. Die kann jeder lesen.“ Das heißt, wir begleiten die Jugendlichen durch dieses Planspiel, bringen Politik und Jugendliche zusammen und lassen sie auch die Erwachsenenformen ausprobieren. Das bedeutet, sie schreiben Anträge, diskutieren sie, stimmen sie auch ab – aber dann lassen wir sie los. Und dann sind wir froh, wenn Institutionen wie der Stadtjugendring oder andere da sind, die dann die Jugendlichen auffangen, das geweckte Interesse übernehmen und sie in längerfristigen Pro-

jekten mit begleiten können. Es ist immer offen, was herauskommt. Wir wissen zu Beginn des Planspiels nicht, welche Anträge oder Anfragen diskutiert werden. Das sorgt bei der einen oder anderen Gemeinde für Ängste oder Irritationen, andere freuen sich darauf. Wir haben Städte, die gemeinsam mit uns einmal im Jahr mittlerweile wirklich in großer Tradition die Planspiele auch in ihren Stadtkalender mit einplanen – in Zittau sind wir, glaube ich, seit zehn Jahren jedes Jahr. Das ist dann ihre Form von Jugendbeteiligung.

Und dann das Wichtige: Was macht man dann daraus? Das legen wir dann in die Hände der Politik und der Verwaltung vor Ort. Das ist natürlich sehr abhängig davon, wer dort sitzt und was die Leute von Jugendbeteiligung halten und zum Beispiel die Jugendlichen auch mal in die Ausschüsse einladen. Oft sind Kommunalpolitiker auch enttäuscht und sagen: „Mensch, da haben sie Anträge geschrieben und keiner ist auf die Idee gekommen, ein Jugendparlament zu fordern.“ Dann ist unsere Antwort, dass diese Form vielleicht nicht dem Bedürfnis der Jugendlichen entspricht. Wenn etwas nicht ihr eigenes Bedürfnis ist, dann bezeichne ich das immer gerne als „Totgeburt“. Dann ist das Argument in der Stadt für die nächsten hundert Jahre, „bringt sowieso nichts, die Jugendlichen wollen es sowie nicht.“ Daher ist mein Plädoyer, wenn es um Jugendbeteiligung geht, die Jugendlichen – so wie Sie das ja auch über den langen Zeitraum gemacht haben – von Anfang an an den Überlegungen zu beteiligen, welche Beteiligungsform passt in unsere Stadt und eben auch zu uns? Wir als Stiftung bieten in erster Linie Methoden an, wie wir Städte auf dem Weg zur Jugendbeteiligung begleiten. Wie sie das dann am Ende ausfüllen und wie sie das leben – da sind wir wieder weg. Wir hören dann gerne mal, ob es gut läuft oder auch nicht so gut läuft und beraten, aber wir können es nicht dauerhaft begleiten.

Eine Sache, die ein Stück weit ein Ergebnis des Planspiels sein könnte, ist die Jugendplanungszelle. Hier geht es in erster Linie um die Methode, wie man Jugendliche und verschiedene Experten zum Thema „Beteiligung in der Kommune“ auf dem Weg begleitet, die für sie richtige Beteiligungsform in der Kommune zu finden. Wir haben einige Städte, aus denen wir auch von Jugendli-



chen hinterher Post bekommen haben, die berichten, das sei für sie die Initialzündung gewesen, um sich für den Stadt- und Gemeinderat oder die Bezirksverordnetenversammlung aufstellen zu lassen. Das ist natürlich immer ein bisschen schwierig, weil die Jugendlichen gerade im ländlichen Bereich zunächst weggehen, und dann kommen sie irgendwann wieder und sind vielleicht auch wieder dabei. Unser Geschäftsführer fragt immer gerne nach der Nachhaltigkeit der Projekte. Wir können nicht statistisch nachweisen, wieviele Jugendliche für welche Partei, welche Vereinigung usw. wie lange kommunalpolitisch aktiv waren. Wir wissen auch nicht, wieviele danach angefangen haben, Zeitung zu lesen. Aber wir wissen von vielen Städten, dass sie die Anträge in den Ausschüssen aufgenommen, diese gemeinsam mit den Jugendlichen beraten und dann auch entsprechend umgesetzt haben. Alles in allem würde ich den Rat geben, Jugendliche möglichst mit verschiedenen Methoden und verschiedenen Möglichkeiten anzusprechen, so dass sie die Auswahl haben, was zu ihrer Situation passt. Ich glaube, diese dauerhaft angelegten Erwachsenenformen sind immer etwas schwierig. Es muss von ihnen kommen und diesen Weg muss man unbedingt begleiten. Zu dem Punkt, Fehler zuzulassen oder dass Dinge nicht so gut funktionieren, wie man das vielleicht von einem Stadtrat gewöhnt ist, der schon viel Erfahrung hat, sollte man einfach bei den Kommunalpolitikern ansetzen und bei ihnen für Verständnis werben, dass sie auch einen Auftrag haben, für Nachwuchs zu sorgen und eben nicht gilt, was man oft von Jugendlichen hört: „Kommunalpolitik, das ist was für alte Leute.“ Sie sollten da offen sein und den Dialog suchen.

Vorsitzende: Vielen Dank für Ihre Vorstellungen und Einführungen. Mir wurde schon mal deutlich, dass es nicht das eine Instrument gibt, das immer funktioniert – nach dem Motto „wir müssen das nur in jeder Stadt und jeder Gemeinde und jedem Landkreis haben und dann ist es prima.“ So wird es nicht funktionieren. Es braucht immer die Gemengelage und das, was die Jugendlichen vor Ort an Bedarf haben. Selbst dann heißt es nicht, dass es automatisch zu dem gewünschten Erfolg führt und alles sofort besser ist. Es sind vielmehr Versuche, die man machen kann und die, wie Sie so schön gesagt haben, dürfen auch mal schief gehen, Hauptsache die Kinder und Jugendlichen haben

gemerkt, sie sind in dem, was sie wollen, ernstgenommen worden. Am Ende, wenn sie gut begleitet worden sind, kommt vielleicht tatsächlich ein gutes Jugendparlament heraus oder Jugendliche, die sich das vorher vielleicht nicht zugetraut hätten, werden irgendwann Stadt- und Gemeinderäte. Eine generelle Frage: Was verändert sich in einer Stadt oder in den Ergebnissen der Politik einer Stadt, wenn man Kinder und Jugendliche beteiligt? Kann man das irgendwo greifbar machen? Ich kann das bei mir zuhause an meinem Lieblingsbeispiel deutlich machen. In einer Stadt sagt der Stadtrat: „Wir bauen einen Spielplatz.“ Da bekommt dann jemand einen Auftrag und baut einen Spielplatz, auf dem niemand spielt, weil es ein Spielplatz an einer Grundschule ist und die Grundschülerinnen und Grundschüler sagen, „das ist so ein Babyspielplatz, da gehen wir nicht hin.“ Hätte man einfach die Kinder gefragt, dann hätten sie gesagt: „Na, die Spielgeräte sind aber jetzt nix für uns.“ In einer anderen Stadt hat der neugewählte Bürgermeister als erste Amtshandlung gesagt: „Ich hole mir nur den Auftrag, dass wir einen Spielplatz bauen.“ Und dann lädt er zu Fahrradtouren ein und macht Familienfreizeiten und sagt: „Wir machen ein Familienfest und ihr sagt mir, wo der Spielplatz in der Stadt gebaut werden sollte und was wir da bauen.“ Ich hätte die These, dass das, was am Ende als Spielplatz herauskommt, etwas anders ist, als wenn man die Kinder und Jugendlichen nicht fragen würde. Das ist mein Beispiel dafür, dass sich schon etwas an der Qualität des Outputs ändert, wenn man die Jugendlichen selbst fragt. Das ist aber jetzt ein ganz spezielles Beispiel, weil Spielplätze und Kinder irgendwie zusammengehören, aber es könnte auch noch auf viele weitere Bereiche, von der Verkehrspolitik bis zum Haushalt usw., ausstrahlen. Haben Sie Erfahrungen, mit denen man wirklich einen Unterschied deutlich machen kann?

Yvonne Lehmann (Friedrich-Ebert-Stiftung): Ich glaube, wichtig ist das Identifizieren mit dem, was in einer Stadt passiert, wenn man von Anfang an einbezogen ist, also diese Wertschätzung. Das ist ja auch der Fall, wenn Erwachsene beteiligt werden: „Ich mit meiner Expertise bin hier genauso wertvoll wie eine Verwaltung.“ Das kommt bei den Jugendlichen sehr wohl an, dass es da einen Unterschied gibt. Dann denke ich, ist das auch ein Punkt zum Thema Kosteneinsparung. Wenn ich



feststelle, dass meine Planung nicht an der Zielgruppe vorbei geht, sondern so gestaltet ist, dass es auch genutzt wird, dann habe ich als Verwaltung einen besseren Job gemacht, als wenn ich – um bei Ihrem Beispiel zu bleiben – einen Spielplatz plane, den dann am Ende niemand nutzt. Wir haben in verschiedenen Gemeinden, auch in Bayern, diese Planungszelle gemacht und immer die Rückmeldung bekommen, dass dieses Gefühl „da haben wir mitgewirkt“ bei den Jugendlichen eine Verbundenheit zu ihrer Gemeinde und zu ihrer Stadt schafft. Diese ist dann auch so hoch, dass sie sagen, „das ist meins und hierher komme ich wieder zurück.“ Ich glaube, dass wenn man den gesamten Prozess der Beteiligung – da ist es fast egal, ob es Jugendliche oder Ältere sind – konsequent so denkt, dass das einer Stadt, einer Gemeinde hinsichtlich Kosten, Kommunikation etc. sehr gut tut.

Corinna Graf (Geschäftsführerin Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Aus meiner Sicht gibt es dabei mehrere Gewinne. Das sind zum einen die persönlichen. Alle Kinder und Jugendlichen, die erlebt haben, dass sie ernstgenommen werden, werden wieder versuchen, sich einzubringen und vielleicht auch Verantwortung in dieser Gesellschaft zu übernehmen. Ohne das, denke ich, geht es einfach auch nicht. Wenn alle nur sagen, es macht sowieso jemand anderes, wird es irgendwann nicht mehr funktionieren. Diesen persönlichen Gewinn kann man zwar nicht in Zahlen ausdrücken, wir können ihn aber belegen. Die Jugendlichen aus der Initiativgruppe VOICE sind alle ihren Weg gegangen, haben entweder Politik studiert oder sind in irgendwelchen anderen Kontexten. Es hat ihnen in ihrer persönlichen Entwicklung enorm viel gebracht, und damit meine ich nicht, dass sie Politiker geworden sind oder so. Der zweite Punkt ist das, was die Kollegin klar gesagt hat – diese Identifikation. Wobei ich glaube, dass es bei kleineren Einheiten, sprich Dörfern oder überschaubareren Einheiten als einer Großstadt, deutlich einfacher und klarer ist als in einer Großstadt. Wir haben in den Anfangsjahren, als ich beim Jugendring war, über einen Mitgliedsverein die Jugendbeteiligung beim Bau einer Skateranlage begleitet. Diese Bauprozesse, die Genehmigungsprozesse und alles, was damit zusammenhing, haben so lange gedauert, dass bei der Fertigstellung die nächste Nutzergeneration gesagt hat, „was haben die für einen Schrott gebaut?“ Nun

ist das natürlich auch ein Trendsport, der vielleicht auch sehr wandelbar ist, ich weiß es nicht genau, aber damit könnte es auch zusammenhängen. Es gibt schon die Probleme, dass gerade diese Stadtplanungssachen so extrem lange dauern, dass es schwer überschaubar ist. Dort würden kleinere Einheiten helfen, und dass es ein bisschen einfacher und praktischer geht. Neben dem Thema Identifikation ist auf alle Fälle der Punkt wichtig, dass es immer die Chance gibt, Lösungsansätze zu finden, auf die man in seinem Schema-F-Denken in Verwaltungen oder in der Politik selbst nicht gekommen wäre, dass man also einfach seinen Rahmen erweitert. Ich glaube, das macht das Leben bunter, da steht der Jugendring für Vielfalt. Das sind genau die Gewinne. Natürlich ist Beteiligung teuer und auch ein bisschen langwieriger, wenn ich bis morgen eine Antwort haben muss, brauche ich keinen Beteiligungsprozess zu beginnen.

Yvonne Lehmann (Friedrich-Ebert-Stiftung): All diese Formen wie Planspiel, Planungszelle und Installieren eines Jugendstadtrats zwingen natürlich auch die Gegenseite – ich nenne es mal Gegenseite, das löst sich dann im Prozess hoffentlich auf –, also Verwaltung und Politik, sich mit einer Position, die ihnen vielleicht nicht so offensichtlich ist, weil im Stadtrat einfach ältere Leute sind und Jugendliche so nicht auftauchen, zu beschäftigen. Es tut, glaube ich, allen gut, sich mit unterschiedlichen Perspektiven auseinandersetzen zu müssen. Denn, man muss es klar sagen, Kommunalpolitik ist ein Ehrenamt, das kommt noch on Top. Es ist äußerst hilfreich, wenn über solche Formate das ein oder andere, woran sie sonst nicht gedacht hätten, mit zum Laufen gebracht werden.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Vielen Dank. Sie, Frau Lehmann, haben zum Schluss Ihres Vortrages einen schönen Satz gesagt, „Kommunalpolitik ist etwas für alte Menschen oder alte Männer.“ Das ist völlig richtig, ich gebe Ihnen recht, dass das die vorherrschende Meinung ist. Wir Parlamentarier im Deutschen Bundestag empfangen ja regelmäßig Gruppen und auch Schulklassen. Ich mache dann immer wieder deutlich, dass gerade die untere Ebene, die Kommunalpolitik, im Lebensumfeld gerade der Jugendlichen viel bestimmt. Da geht es um die Ausstattung der Schulen, da geht es um die Spielplätze, da geht es um die Fahrradwege,



Bolzplätze, wie auch immer. Das ist die mitentscheidende Politik ganz unten. Da muss man wirklich sagen, „junge Leute interessiert euch für Politik, das ist euer Umfeld und das wird direkt entschieden.“ Ob das, was wir uns hier oben ausdenken, unten immer so richtig ist, muss ja erst einer Überprüfung standhalten. Die Kommunalpolitik ist die Politik direkt am Bürger, und das merkt auch der junge Mensch. Deswegen fordere ich sie immer auf, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Denn wir brauchen – ich bin selbst Kommunalpolitiker in meiner Heimatstadt – auch die jungen Leute, die mit ihrer „Denke“ die Dinge so denken, dass sie auch für Jugendliche geeignet sind. Meine Frage geht an die anderen beiden Damen. Wenn Sie in Leipzig jetzt ein Jugendparlament haben und es wird beispielsweise ein Spielplatz oder Bolzplatz gefordert, dann geht das ja in die Ratsgremien hinein. Sie haben dann auch – sicherlich nicht ein Mitentscheidungsrecht –, aber ein Mitspracherecht, ein Beratungsrecht, Rederecht, wie auch immer...

Unverständlicher Zwischenruf

...Stadtrat sogar. Sicherlich haben sie kein Stimmrecht, aber ein Mitberatungsrecht. Die Frage ist, ob das Kinder- und Jugendparlament auch ein bestimmtes Budget hat, so dass sie beispielsweise sagen können, 50.000 Euro setzen wir dafür ein. Ich will darauf hinaus, dass ein Antrag des Kinder- und Jugendparlaments ja nicht vom Rat umgesetzt werden muss bzw. keine Mehrheiten im Rat findet. Ich glaube, Braunschweig hat das mal gemacht, ich weiß nicht, ob sie es noch machen, deswegen komme ich auf 50.000 Euro Budget. Können sie mit diesen 50.000 Euro gestalten: ob es nun ein Spielplatz, ein Bolzplatz oder ein Steg am Fluss ist? Damit die Jugendlichen auch merken, dass alles Geld kostet, was umgesetzt werden muss, aber damit sie letztendlich auch einen Erfolg sehen. Denn nichts ist schlimmer, als wenn man gute Ideen einbringt, aber diese letztendlich scheitern – ob nun an der Mittelbereitstellung oder am Rat. Das ist gerade für junge Leute deprimierend. Die sagen dann natürlich „warum mache ich mir eigentlich die Arbeit, wenn die Ideen eh nicht umgesetzt werden, wenn wir auch dafür keine Mehrheit finden.“ Ich kenne natürlich die Finanzknappheit der Kommunen. Das wird in

Leipzig nicht anders sein als in meinem Lüneburg. Es gibt Kommunen, die so etwas machen. Ist das bei Ihnen auch so?

Corinna Graf (Geschäftsführerin Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Wir wurden am 16. April konstituiert, d. h., wir sind noch nicht in der Phase, dass wir sagen könnten, wir haben schon einmal einen Antrag durch den Stadtrat gebracht. Im Moment können wir nicht darüber berichten. Es gibt aber auch kein Budget, schon gar nicht von 50.000 ...

Zwischenruf Pols: Das war nur so exemplarisch...

Ich muss jedes Jahr als Geschäftsführerin des Jugendrings darum kämpfen. Ich habe eine Jahresförderung für diese Begleitungsstelle, die kaum Sachkosten enthält. Auch wir haben selbst für Workshops oder sonstiges kaum Geld, und deswegen ist mir die Mitarbeiterin, die es die ersten drei Jahre gemacht hat, zum Jahresende abhandengekommen, weil die Stadt Leipzig die Stelle erst im Januar verlängert hat und sie nicht so viel Geduld hatte, abzuwarten, ob es denn weitergeht oder nicht. Das sind natürlich bescheidene Rahmenbedingungen. Für die Jugendlichen gibt es im Moment ein Budget von 5.000 Euro aus dem Programm „Demokratie leben“, an dem Leipzig mitpartizipiert und diesen Jugendfonds nimmt. Ob das ein Fluch oder ein Segen ist, können wir noch nicht entscheiden, weil die Jugendlichen damit ja auch Pflichten haben, nämlich in einer anderen Form mitzuzusprechen, mitzureden, im Beirat und in der Demokratiekonferenz zu sitzen etc. Für die Anfangsphase eines Jugendparlaments halte ich es persönlich für nicht glücklich, dass das Budget schon da ist, denn nach meiner Erfahrung ist Geld dann immer das dominierende Thema. Die Jugendlichen überlegen dann die ganze Zeit, wie sie das Geld irgendwie ausgeben können und kommen nicht aus eigener Motivation heraus. Ich fände es schöner, wenn man sagt, dass wenn die Jugendlichen Ideen haben, die Geld kosten, dann finden wir einen Weg, wie es geht. Denn wenn das Geld da ist, hat die Verwaltung immer den Reflex, dass das ausgegeben werden muss, da man es ansonsten im nächsten Jahr nicht mehr hat. Gerade auf kommunaler Ebene ist es wirklich unglaublich



ungünstig, und selbst mit dem Doppelhaushalt, den wir haben, ist die Stelle für das nächste Jahr nach wie vor nicht gesichert. Also wir wissen auch noch nicht, ob wir nächstes Jahr weitermachen dürfen.

Yvonne Lehmann (Friedrich-Ebert-Stiftung): Vielleicht noch eine Ergänzung dazu. In der Diskussion auf kommunaler Ebene wird oft gesagt, die Stadträte etc. sind gewählt und dafür gibt es Kommunalwahlen, und für die Jugendlichen gibt es ja unterschiedliche Möglichkeiten der Jugendbeteiligungsformen. Also dass man zwei Kosmen bildet: da habt ihr das Geld, das geben wir euch, und dann könnt ihr damit spielen und machen. Ich glaube, dass sich die Jugendlichen schon mit dem Weg, wie Kommunalpolitik funktioniert, auseinandersetzen müssen. Ich finde, sie sollen sich schon der Auseinandersetzung mit der echten Politik ein Stück weit stellen, weil sie das auch im späteren Leben, wenn sie dafür Interesse haben, machen müssen. Das können sie auch, wenn man sie gut vorbereitet. Es darf nicht so abgetrennt sein, „hier habt ihr ein bisschen was und dann haben wir die Jugendbeteiligung abgehakt“; sondern die Jugendlichen sind zu integrieren, weil Demokratie oft mühsam ist, und das muss man dann in diesem Prozess auch kennenlernen. Es sind Formen zu finden, in denen man nicht immer sagt, „aber in der Satzung steht das ganz anders, und jetzt habt ihr hier die Beschlussvorlage nicht richtig ausgefüllt.“ Es ist ein Mittelweg zu finden zwischen der Realität, „die ist wie sie ist, und daran müsst ihr euch auch ein Stück weit orientieren“, und dem jugendlichen Alter, „aber am Ende nehmen wir darauf Rücksicht, dass ihr eben 15 und nicht 50 seid.“

Vorsitzende: Ich habe auch von Projektfonds gehört. Damit kann man die eigene Wirksamkeit in einem sehr speziellen Raum erleben. Ich habe noch kleinere oder mittelgroße Nachfragen. Die eine Frage ist, welche Jugendlichen mitmachen? Es geht darum, die Heterogenität der Jugendlichen abzubilden, die es gibt. Sie haben die „bildungsnahen Jugendlichen“ genannt, eigentlich müsste ja der Anspruch sein, dass alle die Möglichkeit haben, in die Jugendbeteiligung hineinzukommen. Wie wird das bei Ihnen diskutiert? Eine Frage stelle ich mir auch häufig, dass Beteiligung immer

von Jugendlichen ausgeht, aber eigentlich haben alle Kinder einen Anspruch darauf, sich beteiligen zu können. Wie schätzen Sie das ein, dass man auch Kinder unter 14 Jahren in Prozesse in der Kommune einbindet? Für diese können wahrscheinlich Parlamente wirklich keine Variante sein. Aber es geht um den Anspruch, dass sich eigentlich alle beteiligen können sollten. Haben Sie dazu Erfahrungen? Frau Wellner, Sie hatten kurz vom Demokratieführerschein gesprochen. Da würde mich interessieren, was das ist. Das klingt ja nicht nur für Jugendliche spannend. Meine dritte Frage bezieht sich auf die von Ihnen angesprochene Wahlbeteiligung. Wird diese eher so diskutiert, „die Jugendlichen interessieren sich eh nicht“ oder „es lag nur an den Methoden?“ Hat man schon Fantasien entwickelt, wie das beim nächsten Mal anders angegangen werden könnte?

Corinna Graf (Geschäftsführerin Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Ich würde hinten anfangen, weil das schnell geht. Auf die Auswertung mit der Verwaltung und den Jugendlichen warten wir. Beide sind nicht so hochmotiviert wie wir, diesen Prozess auszuwerten. Zur Frage mit den Kindern: In Leipzig gibt es das Kinderbüro und es gibt das Projekt im Stadtjugendring. Wir haben uns aufgrund finanzieller Engpässe in der Stadt darauf geeinigt, uns nicht gegenseitig das Wasser abzugraben und zu kooperieren. Das heißt, das Kinderbüro ist für alle bis 12 oder auch 13, 14 Jahren zuständig, und wir übernehmen ab 14 Jahren in die parlamentarische Form. In die offene Form kann man auch mit 12, 13 Jahren hineingehen, das sind die Stadtbezirkssachen – parlamentarisch ist da nichts. Allerdings machen sie den Kinderrat mit viel Erfahrung und ziemlich gut. In die Stadtplanungsprozesse wie Schulneubau sind sie extrem gut integriert, sie machen das auch schon sehr viele Jahre. Dazu ist gerade eine Broschüre herausgebracht worden, die ich empfehlen kann. Wir können darauf auch ein Stück weit aufbauen, da sie sozusagen die Vorerfahrung für die parlamentarische Form liefern.

Elisa Wellner (Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Der Demokratieführerschein ist ein neues Projekt in diesem Jahr. Beim Stadtjugendring haben sich ein paar interessierte Jugendliche als das Jugendteam aufgestellt,



das an der Ausarbeitung dieses Demokratieführerscheins teilgenommen hat. Sie haben sechs Module für Mitbestimmung ausgearbeitet. Der Demokratieführerschein bestand schon vorher als Idee, gab aber Raum, nach den Interessen der Jugendlichen ausgearbeitet zu werden. Dieses Jugendteam geht jetzt an den Start und bietet die verschiedenen Module an, an denen jeder teilnehmen kann und seinen Demokratieführerschein, „wie kann ich mich beteiligen“, „wie läuft Demokratie“, erwerben kann, den er auch von uns zertifiziert bekommt. Das ist ein neues Projekt, für das jetzt auch in Leipzig Termine anstehen – im Sommer der Führerschein, das Planspiel. Wir machen auch ein Planspiel Jugendparlament. Das ist ein neues Projekt, mit dem man Leuten, die der Form der kommunalpolitischen Mitbestimmung wie Jugendparlament nicht so nahe stehen, Beteiligung vermitteln kann, die ein bisschen niedrigschwelliger angesiedelt ist. Was mich zu der Frage bringt, welche Jugendlichen überhaupt mitmachen? Mein Eindruck ist, dass dadurch, dass es direkt an Stadtrat und Politik angebunden und die Installierung eines Jugendparlaments ein von der Verwaltung gewolltes Projekt ist, sich schon eher die Jugendlichen für die Arbeit entscheiden, die schon aus dem Kontext kommen, d. h. andere Erfahrungen mit Gremienarbeit haben und für die vielleicht Jugendparlament kein Wort ist, das sie erschlägt. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Jugendliche, die interessiert sind, mit dabei sind und sich vielleicht auch gerne mitziehen lassen. Ich denke aber nicht, dass man alle in diese Form pressen muss. Deshalb wäre vielleicht auch der Anspruch für unter 14-Jährige zu hoch, für deren Beteiligung es noch ganz anderes braucht. Es geht darum, die Form des Jugendparlaments für diejenigen laufen zu lassen, die wenig Hemmungen haben, mit Politik, Kommunalpolitik und dem Stadtrat und Beirat in Kontakt zu kommen und solchen Formen Raum zu geben; aber auch den anderen Jugendlichen die Chance und die Anbindung über die AGs oder die Jugendlichen aus ihrem Viertel zu geben. Zu versuchen, eine Brücke zu bauen, halte ich für die bessere Variante, und sich nicht zu fragen, ob man nicht vielleicht auch das sehr Niedrigschwellige irgendwie noch hinein packen muss. Diese Jugendlichen kann man nicht in so eine Form pressen. Daher ist es wichtig, eine Brücke, irgendeinen Transfer und eine Kontaktmöglichkeit zu schaffen.

Corinna Graf (Geschäftsführerin Projekt Jugendbeteiligung im Stadtjugendring Leipzig e. V.): Dafür haben wir das Jugendforum. Wir wollten zweimal im Jahr mit dem Jugendparlament in den Planungsraum gehen, um uns dort das Basiswissen abzuholen, damit sich mehr Jugendliche beteiligen können. Zur Zusammensetzung hatte ich vorhin schon etwas gesagt. Zumindest was die Kandidaten anging, war das wirklich sehr breit aufgestellt. Ich muss ganz kurz ergänzen, dass die Idee für einen Demokratieführerschein nicht von uns kommt, sondern vom Volkshochschulverband und der Jungen Volkshochschule, mit der wir seit über zehn Jahren eine sehr gute Kooperation haben. Wir haben uns dort zertifizieren lassen und arbeiten immer in Kooperation mit der Jungen Volkshochschule. Wir haben aber so viele Module, mit denen wir versuchen, so viele Veranstaltungen wie möglich anzuerkennen, wie Demokratiekonferenz oder das Planspiel in Leipzig. Wir schauen immer, was in die Gesamtausrichtung passt und welche Module wir damit anerkennen können, damit man sich das zusammensammeln kann und man nicht nur, wenn man genau das gemacht hat, den Führerschein erhält. Uns geht es darum, eine breite Lobby zu schaffen.

Yvonne Lehmann (Friedrich-Ebert-Stiftung): Ich glaube, das ist auch eine klassische Aufgabe von politischer Bildung, genau die Jugendlichen, die nicht freiwillig die Zeitung aufschlagen und sagen, „toll, Jugendparlament, da wollte ich schon immer mal hin“ anzusprechen. Das ist auch unsere Zielgruppe als Friedrich-Ebert-Stiftung. Wir gehen auch an die Schulen, die nicht so viele Angebote bekommen, um dort den Jugendlichen, die bislang noch keinen Kontakt dazu hatten, ein Stück weit Lust zu machen und sie an die Hand zu nehmen, ihnen das Gefühl zu geben, sie können dort mitsprechen und auf Augenhöhe unterwegs sein. Kommunalpolitik ist z. B. in der 9. und 10. Klasse in fast allen Bundesländern Bestandteil des Lehrplans. An dieser Stelle ist zu schauen, dass man die Schule öffnet. Mittlerweile funktioniert es sogar in Sachsen ganz gut, dass man externe Anbieter hereinholt, die dann mit unterschiedlichsten Projekten Jugendlichen Lust machen. Damit es funktioniert, ist es wichtig, dass man bei der Vielzahl der Anbieter, Träger und Vereine weiß, wer was anbietet und dass diese Kommunikation auch gut funktioniert. Ich glaube, da hat die Trägerland-



schaft, wir alle, noch viel zu tun, damit wir nicht ständig das Rad neu erfinden – jeder hat irgendwie eine tolle Idee –, sondern dass man bündelt und sich dann auch umschaute. Vor kurzem wurde mir ein Projekt mit einer App vorgestellt, mit der die Jugendlichen schauen können, was sie interessiert, und dort finden sie entsprechende Angebote. Man muss einfach schauen und kreativ sein. Ich glaube, das ist ein Weg, die wenigen Mittel gut zu bündeln. Wichtig ist, wenn man Jugendbeteiligung will, dass man diese auch konsequent begleitet. Begleiten heißt, dass das auch etwas kosten muss oder dass die Gelder dafür auch zur Verfügung stehen müssen; andernfalls würde ich vorschlagen, es sein zu lassen, denn dann ist es eine Alibiveranstaltung, und das merken die Jugendlichen ganz genau. Das sollte auf keinen Fall passieren, weil man sie dann wirklich verloren hat.

Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Anmerkungen und Fragen, deswegen darf ich Ihnen danken für das, was Sie uns auf den Weg gegeben haben, was wir in unsere Arbeit und Diskussionen einfließen lassen können. Wir bereiten eine Stellungnahme vor, die wir Ihnen natürlich gerne zukommen lassen und mit Ihnen nachdiskutieren. Wenn wir zwischendurch Fragen haben, erlauben wir uns, auf Sie zurückzukommen, genauso wie es die herzliche Einladung an Sie gibt, zu uns zu kommen, wenn Sie etwas haben, von dem wir wissen sollten.

Ich schließe den öffentlichen Teil.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr

gez. Susann Rührich, MdB
Vorsitzende